

„pax christi zukünftig nicht mehr förderungswürdig“ Beschluss der Bischofskonferenz löst Kopfschütteln und Solidarität aus

Unverständnis und Solidarität mit pax christi löste ein Sparbeschluss des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz vom 20. Juni 2016 aus, in dem die deutsche Sektion in der Kategorie C eingestuft ist als zukünftig „überdiözesan nicht förderungswürdig“. Der in den vergangenen Jahren mehrfach reduzierte Zuschuss des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) in Höhe von 60.000 Euro jährlich (20% des pax-christi-Haushalts) wird ersatzlos gestrichen. Eine „Projektgruppe VDD-Haushalt“ mit den Bischöfen Bode (Osnabrück), Hanke (Eichstätt), Ipolt (Görlitz), Koch (Berlin) und drei Generalvikaren, darunter Stroppe (Rottenburg-Stuttgart), hatte zusammen mit einer Unternehmensberaterin die Vorlage für die Entscheidung erstellt.

Zahlreiche Briefe gingen an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Marx, an die Ortsbischöfe, in unserer Diözese Bischof Fürst und Generalvikar Stroppe. Es gab auch Unterschriftenaktionen z.B. beim Tag der Verbände in Stuttgart und bei der entwicklungspolitischen Strategietagung der baden-württembergischen Kirchen. Eine Online-Petition „An die Bischöfe: pax christi nicht streichen!“ an Marx hat bis Anfang März über 5.000 Unterzeichnende gefunden. Sie fordern von den Bischöfen, „ihre Entscheidung pax christi den Zuschuss aus Kirchensteuermitteln zu streichen, aufzuheben und die katholische Friedensbewegung – stärker als bisher – ideell, materiell und finanziell im gewaltfreien Kampf um den Frieden zu unterstützen.“ Zu ihnen zählen u.a. der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die Friedensforscher*innen Hanne-Margret Birckenbach, Margret Johannsen und Dieter Senghaas, der Sozialethiker Bernhard Emunds und der ehemalige Generalsekretär des Weltkirchenrates Konrad Raiser. Die große Solidarität mit pax christi und die Wertschätzung der pax christi-Friedensarbeit zeigen sich in den zahlreichen Kommentaren zur Petition auf openPetition. Die Petition kann bis Anfang April unterzeichnet werden.

<https://www.openpetition.de/petition/online/an-die-bischoefe-nicht-am-frieden-streichen>

Solidaritätsschreiben gab es auch aus kirchlichen Zusammenschlüssen und Friedensorganisationen, u.a. von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V., der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik, von der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW, dem Grundrechtekomitee, der Martin Niemöller Stiftung und dem Versöhnungsbund. „In der weltweiten Ökumene gibt es erfreuliche Bestrebungen, Frieden stärker in die Mitte kirchlicher Praxis zu rücken“, schreibt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und ehemalige Militärseelsorger Horst Scheffler. Erfreulicher Weise engagiere sich hierfür auch Papst Franziskus, wie auch seine Einladung des Pax Christi-Kongresses zu Gewaltfreiheit und gerechtem Frieden 2016 in den Vatikan zeige. „Umso mehr erstaunt und entsetzt uns der Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz, den Zuschuss... ab 2018 nun sogar komplett zu streichen. Wie sollen Kirchengemeinden ermutigt werden, mehr für den Frieden in der Welt zu tun, wenn der VDD ein solches Signal setzt?“

Zum Hintergrund des Beschlusses: Ausgangspunkt der VDD-Entscheidung war die abnehmende Bereitschaft vieler Diözesen, die überdiözesane kirchliche Arbeit im bisherigen Umfang zu finanzieren. Argumentiert wird mit dem Rückgang der Kirchenmitglieder und zukünftig rückläufigen Kirchensteuern. So ist nun zu befürchten, dass in einer Phase des gesellschaftlichen Umbruchs, in der der gesellschaftliche Zusammenhang und das Wertefundament bröckelt, die Kirche sich aus der Gestaltung der Gesellschaft zurückzieht. Eine falsch verstandene Reduzierung auf „Kernaufgaben“ wäre ein eigener Schritt in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit.

Ein Schlüsselwort für das, was nach dem VDD-Sparprogramm zukünftig Priorität haben soll, ist die Evangelisierung. Es wird allerdings nicht ausgeführt, inwiefern diese zur den Kategorien A, B und C führt. Versteht man Evangelisierung so wie Papst Paul VI. in der Enzyklika „Evangelii Nuntiandi“ und die Rottenburger Diözesansynode 1996, nämlich als „Umwandlung der Lebenswelt vom Evangelium her“, muss man zumindest die Entscheidung auf pax christi hin als Maßnahme

der De-Evangelisierung bewerten und als Abbruch der Brücke zu vielen Menschen „guten Willens“ (Papst Johannes XXIII.), die sich konkret für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt einsetzen.

Vorgehensweise: Abgesehen von der inhaltlichen Problematik ist die Vorgehensweise der Bischofskonferenz geradezu kafkaesk. Am 7. Oktober 2016 (!) informierte der Bereichsleiter Weltkirche und Migration des Sekretariats der Bischofskonferenz, Pöner, pax-christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann am Rande einer Tagung mündlich über den Beschluss. Am 18. November gibt es ein Informationsgespräch mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand, in dem Pöner sagte, der Beschluss sei nicht revidierbar, die Gründe dafür kenne er nicht und es werde keinen schriftlichen Bescheid geben. Wenn pax christi ein Finanzkonzept für die Mittelstreichung vorlege, könne diese bis 2020 gestreckt werden und evtl. Abfindungen für Personalentlassungen übernommen werden.

In einem Brief an Marx schreiben Bischof Algermissen und Bundesvorsitzende Rösch-Metzler am 19. November, der Wegfall des Zuschusses stelle „die Existenz von pax christi auf Bundesebene in Frage“. „Wir sind ehrlich gesagt schockiert über diese weitreichende Entscheidung der DBK... Was hat die DBK mit pax christi vor?“ Nach einem Antwortbrief von Kardinal Marx am 22. Dezember mit der Empfehlung, „alternative Einnahmequellen zu erschließen“, einem weiteren Briefwechsel des Bundesvorstands mit Marx und einem Telefonkontakt mit P. Langendörfer, dem Sekretär der DBK nach einer Gesprächsbitte des Vorstands, informiert pax christi am 16. Januar die Öffentlichkeit.

Nach kritischen Presseberichten zu den Mittelkürzungen an pax christi und den deutschen Auslandsgemeinden („Von allen guten Geistern verlassen“, Bonner Generalanzeiger) und einer grundsätzlichen Kritik des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Sternberg, an der Sparentscheidung, bestätigt der Ständige Rat der Bischofskonferenz am 22.-23. Januar das Sparkonzept mit dem Auftrag an die Projektgruppe, die öffentlichen Reaktionen zu berücksichtigen. Am 13. Februar startet pax christi die Online-Petition. Geplant ist mit der pax_zeit im März eine Postkartenaktion.

Bei Kirchensteuern Laien beteiligen. Neben der inhaltlichen Problematik der Entscheidung und der kaum verständlichen Vorgehensweise sollte ein weiterer Aspekt in die zukünftige Diskussion kommen, der im Appell beim Tag der Verbände formuliert wurde: „Wir appellieren dringend an die Bischofskonferenz, ...zukünftig bei Finanzentscheidungen das Zentralkomitee der deutschen Katholiken als Vertretung der kirchlichen Räte und Verbände zu beteiligen.“ Der verantwortliche Umgang mit Kirchensteuergeldern erfordert die Beteiligung der Zahlenden, das macht der Vorgang deutlich.

Die anderen Forderungen des Verbände-Appells sind immer noch aktuell, „die Entscheidung des Mittelentzugs von pax christi zurückzunehmen, die Hintergründe dieser Entscheidung und der Pläne für andere Verbände transparent zu machen und deutlich zu machen, welche Bedeutung kirchliche Verbände und das kirchliche Friedenszeugnis für die Bischofskonferenz haben.“

Odilo Metzler